Solidarität mit der VVN-BdA

Die VVN-BdA darf nicht mundtot gemacht werden.

Das Berliner Finanzamt für Körperschaften hat der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist*innen rückwirkend den Status der Gemeinnützigkeit entzogen. Es beruft sich dabei darauf, dass der bayerische Inlandsgeheimdienst in seinem „Verfassungsschutzbericht“ die dortige VVN-BdA mehrmals als linksextremistisch beeinflusst dargestellt hat.

Das Finanzamt macht sich mit diesem Schritt zu einem Werkzeug der extremen Rechten und der profaschistischen Rechtspopulisten.

Wir wissen:

- Die VVN-BdA ist eine überparteiliche, generationenübergreifende Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet vor 70 Jahren von Widerstandskämpferinnen und -kämpfern gegen den Faschismus, von Verfolgten und Opfern des Naziregimes, - was man von bundesdeutschen Geheimdiensten nicht behaupten kann.
- Gründungsmitglieder der VVN-BdA aus nahezu allen demokratischen Parteien haben die Hessische Verfassung und die anderen Landesverfassungen mit erarbeitet. Antifaschisten sind nach wie vor Verteidiger dieser Verfassungen und des Grundgesetzes.
- In der Mitgliedschaft der VVN-BdA gibt es unterschiedliche Weltanschauungen und Faschismusdefinitionen. Keine ist für alle Mitglieder verpflichtend.
- Die VVN-BdA ist keine sozialistische Organisation. Das hindert sie allerdings nicht daran, auf Anfälligkeiten im Kapitalismus gegenüber autoritären, antidemokratischen, kriegstreiberischen und faschistischen Strömungen hinzuweisen und auf eine Demokratisierung der Gesellschaft zu drängen.

DIE LINKE. Schleswig-Holstein erklärt sich solidarisch mit der VVN-BdA. Wir fordern die Anerkennung der Gemeinnützigkeit.